

Kantonsrat  
Ivo Müller  
Sägli 30  
9042 Speicher

Tel + 41 71 344 35 12  
+ 41 79 365 64 38  
Fax + 41 71 343 61 61

[phoivos@bluewin.ch](mailto:phoivos@bluewin.ch)  
[ivo.mueller@kst.ch](mailto:ivo.mueller@kst.ch)

**KR - Sitzung vom 28. November 2005**

**Traktandum 3: Gesetz über die Verwendung der ausserordentlichen Nationalbankgewinne;  
Nationalbankgold-gesetz NGG 1. Lesung; neu; 1. Lesung**

**Eintretens-Votum KR Ivo Müller (SP),**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die SP findet diese Vorlage finanztechnisch sehr gut vorbereitet; die Unterlagen enthalten eine Fülle von Informationen und es steckt, das möchten wir anerkennen, sehr viel Arbeit dahinter.

Die SP-Fraktion hat auch ein gewisses Verständnis für den Direktor des Departementes Finanzen, vielleicht überrascht sie das - nein, nicht dass Sie meinen, dass wir diese Vorlage akzeptieren - hat ein gewisses Verständnis dafür dass der Direktor Finanzen an der Steuersenkungsspirale mitdrehen will.

Wenn alle Kantone die Steuern senken, kommt es eben so heraus, dass im Gesamtindex z.B. der Kanton Appenzell Ausserrhoden von Platz 13 auf Platz 16 fällt, ohne dass er die Steuern erhöht.

Wenn der RR meint, dass mit dieser Vorlage Zitat „der langjährige negative Trend im interkantonalen Steuerbelastungsvergleich nun endlich gebrochen werden kann“ kann die SP-Fraktion dies nicht mehr nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, der Steuerwettbewerb wird doch weiter gehen. Denn, wenn ein Kanton nicht mitzieht, wird er letztlich von den anderen Kantonen im Steuerwettbewerb fertig gemacht, so ist zu befürchten. So zieht jeder an der Steuerspirale, an der jeder selbst hinunterrutscht. So herrlich weit haben wir es in der Eidgenossenschaft gebracht.

Was schlägt der Regierungsrat vor?

Er schreibt ausserordentlich ab, verpflichtet die Gemeinden das Gleiche zu tun, setzt degressive Steuern für die Superreichen und die juristischen Personen an, er setzt eine obere Verschuldungsgrenze an, er erhöht ein bisschen die Kinderabzüge und möchte die Grundbesitzer entlasten.

Mit dem Schuldenabbau und der Steuerreduktion auf den Spitzeneinkommen möchte der Regierungsrat wohlhabende neue Steuerzahler anlocken. Wenn's gelingt... wir haben begründete Zweifel. Auf jeden Fall ist unverständlich, warum denn der Regierungsrat nicht mehr für die verbleibenden Einwohner und Einwohnerinnen im Kanton tun will und für neue „normale“ Steuerpflichtige. Aber der Regierungsrat rechnet uns ja vor, dass sich eine Familie erst ab einer Steuerrechnung von 21 000 Franken für den Kanton auszahle. Ich unterstelle mal: die drunter wollen wir nicht. Wenn er es anders will, kann er es uns ja sagen.

Der Regierungsrat möchte den allergrössten Teil des Geldes für ausserordentliche Abschreibungen, d. h. für den Schuldenabbau verwenden. Aber: Von einer ins Gewicht fallenden Verschuldung kann im Kanton überhaupt nicht gesprochen werden. Es gibt ganz andere Probleme:

Seit 15 Jahren verliert der Kanton Appenzell Ausserrhoden Einwohner und Einwohnerinnen, 1,1% allein in den Jahren 2000 bis 2004. Appenzell Ausserrhoden hat in den letzten Jahren auch viele Arbeitsplätze verloren, und zwar mehr als alle anderen Ostschweizer Kantone.

Der Kanton muss sich von anderen unterscheiden, das ist ein anderer Weg, sich im Schlingern der Steuerspirale zu behaupten. Ein Weg wäre die konsequente Familienförderung.

Der Kantonsrat hat am 25. Oktober 2004 ein Postulat der SP überwiesen, das unter anderem die Entlastung von Familien mit Kindern forderte. Für die SP-Fraktion ist diese Entlastung in der Vorlage des RR zu gering geraten (vom Tarif für die Alleinstehenden mit Kindern muss ich nichts mehr sagen) . Wir schlagen deshalb vor, die Kinderabzüge markant zu erhöhen (wir kommen darauf in der Detailberatung zurück, wenn es denn eine gibt.)

Wir unterstützen nämlich den Rückweisungsantrag der PK. Wir sind für Eintreten, möchten aber die einzelnen Teile der Vorlage getrennt behandelt wissen. Zum Gutachten ist zu sagen, dass es nur darüber Auskunft gibt, dass das Bundesgericht vermutlich eine Klage nicht gutheissen würde. Politisch und materiell ist damit überhaupt nichts gesagt. Und es ist ja nicht verboten, Vorlagen zu bringen, die mehr der Einheit der Materie entsprechen als vorliegender Entwurf.

Für uns ist diese Vorlage zwar finanztechnisch, wie gesagt, gut vorbereitet, sie ist aber politisch äusserst einseitig und schädlich: sie bevorzugt die Reichen, ist auf den Schuldenabbau fixiert und enthält keine wachstumsfördernde Massnahmen.

Für uns ist diese Vorlage Ausdruck einer starren Fixierung auf neoliberale Konzepte, eine Fixierung auf die schwarze Null, die keine vielfältige Politik, keine Gestaltung mehr zulässt.

Die SP-Fraktion lehnt die Vorlage in dieser Form einstimmig ab: das NGG ist nicht geeignet, die gesteckten Ziele zu erreichen. Diese neoliberale Fixierung - man möchte fast sagen Fetischisierung - entpuppt sich immer mehr als Ursache der Krankheit, die sie zu heilen vorgibt.

Wir sind für Eintreten, denn der Kantonsrat und das Volk müssen über diese einmaligen 127 Millionen entscheiden, wir empfehlen aber Rückweisung der Vorlage, um etwas Ausgeglicheneres daraus zu machen.